

JUNGDEMOKRATEN



GESAMTSCHULE

Schule ohne Angst

Mehr Spaß an der Schule

Schule der Demokratie

LIBERALE SCHÜLERAKTION



Deutsche Jungdemokraten

BILDUNGSPOLITISCHES PROGRAMM

Die folgende Beschreibung von Zielen, Konzeption und Aufbau einer emanzipationsfördernden (Gesamt-)Schule soll den betroffenen Schülern Lehrern, Eltern Argumentationen und Handlungsmöglichkeiten zeigen, unter denen die Schule heute von der Basis her verändert werden kann.

Die Realisierung der Integrierten Gesamtschule zeigt, daß neue Organisationsformen ohne konsequente Zielorientierung und diskutierte Konzeption nicht ausreichen, die mit der Gesamtschule ursprünglich erbundenen politischen Ziele und pädagogischen Gestaltungsformen durchzusetzen. Das Konzept einer Schule muß durch die Betroffenen ausgefüllt werden. Allerdings müssen sie durch Geschlossenheit und Solidarität Gestaltungsräume für ihre Schule verteidigen, bzw. erkämpfen.

ZIELE EINER EMANZIPATIONSFÖRDERNDEN (GESAMT-) SCHULE

Damit Schüler unter real gleichen Chancen lernen können, sind die Voraussetzungen der Schüler, die konkreten und spezifischen Lernprozesse und die Gleichwertigkeit der Ergebnisse von Schule und Gesellschaft zu beachten.

Die Schüler kommen mit unterschiedlichen und unterschiedlich entwickelten Voraussetzungen, mit ihren Begabungen, ihren Fähigkeiten, mit ihren Neigungen, mit ihrer Sozialisation zur Schule. Aufgabe der Schule ist es nicht, diese Schüler der Institution anzupassen, sondern diesen Schülern allgemein und konkret (als Anspruch und Verwirklichung) die Möglichkeit zu geben, ihren Begabungen, Fähigkeiten, Neigungen nachzugehen, sie auszutauschen und zu entwickeln.

Lernprozesse können Schüler in die Lage versetzen, ihre soziale Existenz und soziale Umwelt zu erkennen, deren Veränderbarkeit zu begreifen und an der Veränderung zu arbeiten. Aufgabe der Schule ist es nicht, durch ein unpersönlich vorgegebenes Curriculum die Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit zu verhindern, sondern durch Lernen an und in der alltäglichen Situation, durch die Wahrnehmung und Verallgemeinerung der Situation die Möglichkeit zur Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit zu eröffnen.

Die Leistungsbeurteilung kann es dem Schüler ermöglichen, seinen eigenen Lernfortschritt, seine Stellung in der Gruppe, seine Schwierigkeiten und seine Stärken zu erkennen. Aufgabe der Schule ist es

BILDUNGSPOLITISCHES PROGRAMM

Die folgende Beschreibung von Zielen, Konzeption und Aufbau einer emanzipationsfördernden (Gesamt-)Schule soll den betroffenen Schülern Lehrern, Eltern Argumentationen und Handlungsmöglichkeiten zeigen, unter denen die Schule heute von der Basis her verändert werden kann.

Die Realisierung der Integrierten Gesamtschule zeigt, daß neue Organisationsformen ohne konsequente Zielorientierung und diskutierte Konzeption nicht ausreichen, die mit der Gesamtschule ursprünglich erbundenen politischen Ziele und pädagogischen Gestaltungsformen durchzusetzen. Das Konzept einer Schule muß durch die Betroffenen ausgefüllt werden. Allerdings müssen sie durch Geschlossenheit und Solidarität Gestaltungsräume für ihre Schule verteidigen, bzw. erkämpfen.

ZIELE EINER EMANZIPATIONSFÖRDERNDEN (GESAMT-) SCHULE

Damit Schüler unter real gleichen Chancen lernen können, sind die Voraussetzungen der Schüler, die konkreten und spezifischen Lernprozesse und die Gleichwertigkeit der Ergebnisse von Schule und Gesellschaft zu beachten.

Die Schüler kommen mit unterschiedlichen und unterschiedlich entwickelten Voraussetzungen, mit ihren Begabungen, ihren Fähigkeiten, mit ihren Neigungen, mit ihrer Sozialisation zur Schule. Aufgabe der Schule ist es nicht, diese Schüler der Institution anzupassen, sondern diesen Schülern allgemein und konkret (als Anspruch und Verwirklichung) die Möglichkeit zu geben, ihren Begabungen, Fähigkeiten, Neigungen nachzugehen, sie auszutauschen und zu entwickeln.

Lernprozesse können Schüler in die Lage versetzen, ihre soziale Existenz und soziale Umwelt zu erkennen, deren Veränderbarkeit zu begreifen und an der Veränderung zu arbeiten. Aufgabe der Schule ist es nicht, durch ein unpersönlich vorgegebenes Curriculum die Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit zu verhindern, sondern durch Lernen an und in der alltäglichen Situation, durch die Wahrnehmung und Verallgemeinerung der Situation die Möglichkeit zur Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit zu eröffnen.

Die Leistungsbeurteilung kann es dem Schüler ermöglichen, seinen eigenen Lernfortschritt, seine Stellung in der Gruppe, seine Schwierigkeiten und seine Stärken zu erkennen. Aufgabe der Schule ist es

nicht, durch Vergabe von Privilegien, durch Auslese und Disziplinierung die Lebenschancen der Schüler festzulegen und umfassende Anpassung zu erreichen, sondern eine gleichwertige Qualifikation zu vermitteln, die sich in einer auf die Person bezogenen, vom Einzelnen und seiner Gruppe kritisierbaren und veränderbaren Beurteilung widerspiegelt.

Demokratische Schule

Die Demokratische Schule muß in dreierlei Hinsicht demokratisch sein: in ihrer Legitimation vor den Betroffenen (Schüler, Eltern, Lehrer), in ihrer Legitimation vor der Gesellschaft, in ihrer inneren Verfaßtheit. Gegenüber den Betroffenen muß sich die Schule in ihrer alltäglichen Praxis legitimieren, durch die Inhalte des Gelernten, durch die Methoden, durch die Ziele: sie legitimiert sich dann, wenn den Beteiligten auf der tagtäglichen Ebene einsichtig ist, warum bestimmte Themen behandelt werden (z.B. weil der Schüler sie selbst gewählt hat), wie (z.B. weil der Schüler das Arbeitsklima zweckvoll und anregend findet), mit welchem Ziel (z.B. weil der Schüler die Auswirkungen für sein derzeitiges oder späteres Leben erkennt).

Gegenüber der Gesellschaft muß sich die Schule durch die Übernahme vorgegebener oberer, bzw. oberster Lernziele und den Versuch, diese im täglichen Lernen umzusetzen, legitimieren.

Die Schule muß in ihrem inneren Aufbau demokratischen Grundwerten entsprechen. Die Entscheidungen müssen von demokratisch legitimierten Gremien bzw. von den Betroffenen selbst (z.B. Vollversammlung) getroffen werden. Zur Verwirklichung dieses Anspruches bedarf die Schule eines hohen Maßes an Autonomie in ihren Angelegenheiten (z.B. Wahl des Schulleiters auf Zeit, freie politische Betätigung der Schüler, Finanzbereich).

Schule der Gesellschaft in der Gesellschaft

Schulische Bildung verläuft nicht in einem konfliktfreien, vor dem Leben geschützten Raum, sondern thematisiert die in der Gesellschaft vorhandenen Konflikte, um deren Lösung individuell und kollektiv zu ermöglichen. Sie nimmt die individuelle subjektive Realität mit ihren Konflikten als Ausgangspunkt und ordnet sie in den gesellschaftlichen Zusammenhang ein.

Schule muß Teil der Gesamtgesellschaft sein, indem sie die sie umgebende Gesellschaft (Wohngegend, Wald und Wiese, Jugendzentren,

Kneipen, Fabriken), die dort Lebenden mit ihren Problemen (Pubertät, Freundschaft, Berufswünsche, Berufsaussichten, Arbeitslosigkeit) als Themen versteht. Dazu ist es notwendig, in projektorientierten Lernen die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit aufzuheben.

Konzeption einer emanzipationsfördernden (Gesamt-) Schule



1. Vorbemerkung

Wenn (Gesamt-)Schule eine demokratische sein und Chancengleichheit sowie gesellschaftlicher Bezug gewährleisten soll, dann muß sie sowohl einen Beitrag zur berufsbezogenen, wie auch zur gesellschaftspolitischen Qualifikation leisten, die die Schüler befähigt, sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft selbstbestimmt zu leben, lernen, arbeiten. Dieser Anspruch kann kurzfristig nur durch ein pädagogisch-didaktisches Konzept verwirklicht werden, das Schule durch Unterricht verändert und Lernen mit dem Leben und der Arbeit verbindet. Durch Erziehung allein kann man die Gesellschaft zwar nicht verändern, aber eine emanzipatorische Erziehung, die Schülern und Lehrern eine sinnvolle Arbeit ermöglicht und repressive Unterrichtsformen, also auch Verkehrsformen der traditionellen Schule abbauen hilft, kann ein Unterstützungsfaktor bei den politischen Kämpfen in der Gesellschaft sein, ohne sie ersetzen zu wollen, bzw. zu können. So muß langfristig darauf hingearbeitet werden, den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion (Arbeit) und privater Aneignung (Kapital) aufzuheben, um die Vielzahl der damit implizierten Widersprüche in der (Gesamt-)Schule (z.B. Widerspruch zwischen Chancengleichheit und Auslesezwang, Widerspruch zwischen kritisch-emanzipatorischem Lernen und den integrationistischen, affirmatorischen Lernprozessen) ebenfalls angehen zu können. Mit Hilfe eines pädagogischen Konzepts, das strategisch-emanzipatorische Lernprozesse in den Vordergrund stellt, kann es heute schon gelingen, den - z.T. verschleierte - Klassencharakter von Schule offenzulegen (z.B. Selektion der Schüler: Noten, Prüfungen, hierarchische Schulabschlüsse; Schule als "Isolieranstalt", was die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Fächereinteilung, Stundenplan usw.) sowie Ansätze für deren Überwindung aufzuzeigen (z.B. Fächerübergreifendes, projektorientiertes Arbeiten, Mitbestimmung der Schüler bei der Auswahl der Inhalte und der Notengebung; Verbindung von schulischen und außerschulischen Aktivitäten).

2. Strategisch-emanzipatorisches Lernen (SEL)

SEL ist die Form geplanten sozialen Lernens, die sich inhaltlich an der Strategie antikapitalistischer Strukturreformen orientiert. Damit ist gemeint, daß Schule und Unterricht zu einem politischen Bewußtsein und einer entsprechenden Handlungsfähigkeit beitragen müssen, damit sich Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit in gesellschaftlichen Bereichen außerhalb der Schule verwirklichen können (Jugendarbeit, Betrieb, Parteien, Gewerkschaften, Stadtteilarbeit, aber auch Schaffung alternativer Arbeits- und Lebenszusammenhänge).

SEL ist Erfahrungslernen. Zum einen wird von den vorfindlichen Interessen, Bedürfnissen, Erwartungen der je spezifischen Schülergruppe ausgegangen - der Schüler ist also Subjekt im Lernprozeß -, zum anderen zeichnet sich das Lernen in Schule und Unterricht dadurch aus, daß Schüler konkrete, realistische Erfahrungen machen können, indem intellektuelle, künstlerische und manuelle Tätigkeiten gleichgewichtig miteinander verbunden werden. Damit ist Schule gezwungen, sich nach außen hin zum Leben der Schüler und zur Gesellschaft zu öffnen. Es sind Lebenssituationen, bzw. -bereiche zu thematisieren, bei denen Schüler aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen einen hohen Grad an Betroffenheit zeigen. Damit wird die je spezifische Sozialisation mit den subjektiven Erlebnissen, Problemen der Schüler ernstgenommen und findet als ein Stück gesellschaftlicher Realität und persönliche Lerngeschichte Eingang in Schule und Unterricht. Dazu gehören auch die alltäglichen Situationen und Konflikte der Schüler, die in ihrer Konkretion und Reflektion (Vermittlung von Erkenntnissen über die eigene Lage) stellvertretend für übergreifende gesellschaftliche Zusammenhänge stehen können (Probleme der Freizeitgestaltung von Jugendlichen als ein Beispiel für die Trennung von Arbeit und Leben in unserer Gesellschaft u.ä.)

DABEI GINGE ES AUCH ANDERS, WIE DIESE FOTOGRAFIE AUS CHINA MÜHELOS BEWEIST:



SEL ist selbstbestimmtes Lernen, das über die Mitbestimmung im Unterricht im Laufe der Zeit zu weitgehender Selbstbestimmung führen kann. Schüler beteiligen sich an der Auswahl, Planung, Durchführung und Organisation von Lerninhalten; der Prozeß selbst ist bereits ein "Lehrstück" für SEL, da aufgrund institutionell angelegter Rahmenbedingungen wie Erlasse, Verfügungen, Fachlehrerprinzip usw. Schüler mit einem Stück gesellschaftlicher Realität konfrontiert werden. Die aus der Institution Schule und SEL resultierenden Widersprüche können zwar in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft nicht aufgehoben werden, aber für die Schüler durchsichtig gemacht und so weit wie möglich für emanzipatorische Arbeit genutzt werden (z.B. Klassenarbeiten aus konkreten Arbeitszusammenhängen heraus entwickeln, Schüler bei der Notengebung beteiligen).

Aus dem Bedürfnis nach Selbsterkenntnis über die eigenen konkret erfahrenen Lebenssituationen und der Einsicht in die Notwendigkeit ihrer Aufarbeitung im Rahmen des historisch-gesellschaftlichen Kontextes kann ein Interesse an Selbstbestimmung im Sinne menschlicher Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Emanzipation entwickelt werden.

SEL ist strategisches Lernen. Durch die Aufhebung der Trennung von schulischem und außerschulischem Lernen in einer schülerbezogenen Organisationsform wird versucht, Handeln, das auf Veränderung hin ausgerichtet ist, sowohl im Rahmen der Schule als auch außerhalb der Schule zu ermöglichen (z.B. Veränderung der Schulordnung; Aktivitäten für bzw. in Jugendzentren). Strategisches Lernen bleibt also nicht bei der Vermittlung von Erkenntnissen, bei der Schaffung von Bewußtsein stehen, sondern macht darüberhinaus mit möglichst konkreten Strategien der Bestimmung und Wahrnehmung eigener Interessen vertraut. Dies ist nur in einem Unterricht möglich, bei dem die Schüler in konkreten Aktionen lernen,

- * Ziele aufzustellen und zu gewichten,
- * kollektiv zu arbeiten,
- * Bündnispartner zu benennen und innerhalb, bzw. außerhalb ihres Lebensbereiches zu gewinnen,
- * ihr Handeln und seine Konsequenzen einzuschätzen,
- * Fehlschläge zu verkraften.

Erst auf der Grundlage derartiger durch konkretes Handeln gewonnener Erfahrungen - Verbindung zwischen Unterricht und solcher produktiver

Arbeit - wird es gelingen, ein stabiles Potential von Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit bei den Schülern zu schaffen, das sich innerhalb und außerhalb der Schule bei politischen Kämpfen um antikapitalistische Reformen verwirklichen kann. Da von den Sozialisationsagenturen Familie und Schule das Bedürfnis nach Umwelterschließung, Selbsterkenntnis und Aufklärung von gesellschaftlichen Verhältnissen, welches Grundlage für strategisches Lernen ist, meist verfremdet, bzw. verschüttet ist, muß dieses Bedürfnis wieder reaktiviert werden. Dies kann erreicht werden, wenn die erfahrenen subjektiven Bedürfnisse, Interessen, Probleme der Schüler Anknüpfungspunkt bilden und ständig berücksichtigt werden. Erst dann wird es gelingen, den Schülern die "objektiven" Interessen, bzw. Zusammenhänge ein Stück näher zu bringen und auch auf dieser Ebene Betroffenheit, Engagement und politisch-gesellschaftliche



Handlungsbereitschaft der Schüler zu erzeugen. Hierbei spielt das Verhalten des Lehrers und seine Einstellung zum Unterricht eine entscheidende Rolle: wenn es ihm nicht gelingt, die tatsächlichen Bedürfnisse, Interessen, Probleme seiner Schüler in Erfahrung zu bringen und im Unterricht zu thematisieren, bzw. aufzuarbeiten, werden die objektiven Interessen, bzw. Zusammenhänge für die Schüler abstrakt und fremd bleiben; das strategische Lernen verliert damit seine konkrete Erfahrungsbasis und wird inhaltsleer.

SEL ist Ich-stabilisierendes Lernen, da es nicht durch Konkurrenz, Leistungsdruck und Unterordnung unter bestimmte Hierarchien, sondern durch kooperatives Arbeiten und kollektives Handeln gekennzeichnet ist. Diese Solidarität ist notwendig zur Sicherung einer stabilen psychischen Struktur, die es ermöglicht, auch gegenüber Gruppen mit anderen Interessen die eigenen wirkungsvoll zu vertreten, Rückschlüsse zu überwinden, zwischen persönlichen und sachlichen Konflikten zu unterscheiden usw. Es geht darum, in der Solidarität des Kollektivs, das Orientierung, Hilfe und Anregung, aber auch Kritik gibt,

die Individualität und Autonomie des einzelnen zu entfalten, seine Ich-Identität zu stärken. Das setzt bereits bei der Ernstnahme der je spezifischen Sozialisation an und hört bei dem Akzeptieren und Auseinandersetzen von/mit kontroversen Standpunkten auf.

3. Umsetzungsmöglichkeiten für strategisch-emanzipatorisches Lernen

SEL, das sich auf allen Ebenen (Auswahl, Planung, Durchführung und Organisation der Inhalte) gegenüber den Betroffenen (Schüler, Eltern, Lehrerin seiner alltäglichen Praxis zu legitimieren hat, kann diesen Ansprüchen nur in Form des projektorientierten Unterrichts gerecht werden. Dieser löst den traditionellen Fächerkanon ab und ermöglicht fächerübergreifendes Arbeiten. Grundlegend für alle Formen des projektorientierten Unterrichts ist das Ausgehen von der Lebenswirklichkeit der Schüler, die gemeinsame Analyse eines realen Geschehens, eines Problems, eines Konfliktes usw. und das solidarische Handeln bei der Lösung der Aufgabe. Das Geschehen, das Problem, der Konflikt usw. sind dabei nicht bloße "didaktische Aufhänger" für einen systematisch organisierten Unterricht, sondern zu erarbeitende und mit theoretischen Einsichten zu strukturierende Inhalte des Unterrichts. Im Projekt sind die Schüler von der Idee über die Planung, Durchführung und Aufarbeitung des Projekts gleichberechtigte Partner der Lehrer und anderer pädagogischer Mitarbeiter (z.B. Sozialarbeiter, Studenten, Eltern) . Das Thema wird ausgewählt nach der Betroffenheit der Schüler und nach der gesellschaftlichen Relevanz, nach der Durchführbarkeit und der Möglichkeit, neue und andere Erfahrungen durch Handeln zu machen. Das bedeutet aber auch, daß vielfältige außerschulische Aktivitäten im Zusammenhang des Unterrichts notwendig werden (Versuch des Aufbrechens der rigiden Trennung zwischen schulischem und außerschulischem Lernen) und Handlungsstrategien am Ende einer Unterrichtssequenz stehen (Möglichkeiten der Problemlösung, der Bewältigung individueller oder kollektiver Konflikte u.ä.). Die Methoden sollen sowohl dem Projektziel dienen, als auch solidarisches Handeln, Arbeiten und Lernen ermöglichen bzw. erfordern und strategisches Handeln nach sich ziehen.



In der jetzigen Situation stößt die Verwirklichung von projektorientiertem Unterricht auf vielfache und zu erwartende Schwierigkeiten. Der schulische Freizeitbereich ist deshalb ein Feld, in dem Elemente des strategischen Lernens und des projektorientierten Unterrichts erprobt und der Schulöffentlichkeit vermittelt werden können. In freien Gruppen, Schülerzeitungsredaktionen und Schülervertretungen werden Thesen wie Konkurrenzlernen, übliche Lehr/Lerninhalte und -methoden, Probleme der Schülerinteressenvertretung oder Themen aus dem außerschulischen Bereich (Jugendzentrum, kulturelles Angebot für Jugendliche, Lehrstellenmangel) behandelt. Sie bieten Anlaß zur Erarbeitung von Gegenmodellen zum bestehenden Unterricht oder zur Beteiligung an konkreten Aktionen in und außerhalb der Schule. Wichtig bei einer solchen Arbeit ist die frühzeitige Zusammenarbeit mit Elternvertretern, fortschrittlichen Lehrern zur Absicherung gegen mit Sicherheit auftretende Repressionen (Schülerzeitungszensur, Verbot von Schülerversammlungen u.ä.).

Seitdem unser Rektor die Schülerzeitung selber macht, gibt es keinen Ärger mehr mit der Zensur.

Eine Zensur findet r//t statt

Im außerschulischen Bereich wird die Beteiligung oder die Zusammenarbeit mit Jugendzentrums-, Lehrlingsgruppen (vielleicht eine gemeinsame Jugendzeitung) gesucht. Diese Arbeit gibt Anlaß zu

Projekten und konkreten Aktionen, ermöglicht eine Erweiterung des Erfahrungsschatzes, relativiert die schulischen Erfahrungen, die der außerschulischen Wirklichkeit ausgesetzt werden. Sie dient auch der Absicherung der Arbeit in der Schule, um sich im Konfliktfall mit außerschulischer Unterstützung zur Wehr setzen zu können.



Aufbau einer emanzipationsfördernden (Gesamt-) Schule

1. Vorbemerkung

Die (Gesamt-) Schule, die ihre Schüler für strategisches Handeln im beruflichen und gesellschaftlichen Bereich qualifizieren soll, braucht eine Organisationsform, die strategisch-emanzipatorisches Lernen (SEL) ermöglicht. Ihr Aufbau muß dem pädagogisch-didaktischen Prinzip entsprechen, Lernen mit dem Leben und der Arbeit zu verbinden. Er ergibt sich aus ihren Zielen, den Schülern gleiche Chancen zu bieten (= zu gleichwertigen Abschlüssen zu führen) und sie nach demokratischen Prinzipien für das berufliche und gesellschaftliche Leben handlungsfähig zu machen.

Literatur:

- 1) Beck, Johannes: Lernen und Leben und Arbeit verbinden.
In: päd. extra 14/15, August 1976
- 2) Hennig, Christoph: Freinet-Pädagogik: Eine konkrete Alternative für die Schule.
In: Vasquez, Aida, u.a.: Vorschläge für die Arbeit im Klassenzimmer, Reinbek b. Hamburg 76. rororo TB 6957
- 3) Redaktion betrifft: erziehung: Projektorientierter Unterricht. Weinheim 76.
- 4) Rolff, Hans-G., u.a.: Strategisches Lernen in der Gesamtschule Reinbek b.HH 74, rororo TB 6854
- 5) Schmiederer, Rolf: Politische Bildung im Interesse der Schüler. Hannover 77

2. Gliederung der emanzipationsfördernden (Gesamt-) Schule

Die in der BRD fortgeführte Stufengliederung der Schule ist zwar ausschließlich Folge politischer Entscheidungen (Auseinandersetzungen um die Dauer der Grundschule), die kann jedoch den Rahmen für das pädagogische Konzept strategisch-emanzipatorischen Lernens bieten.

Auf die Eingangs- und Primarstufe (Klassen 0-4) folgen die Sekundarstufe I (Klassen 5-10), und die Sekundarstufe II (Klassen 11-12/13). Während die Primarstufe vorwiegend Grundfertigkeiten und -kenntnisse in Formen spielerischen Lernens, Erkundens und Gestaltens vermittelt, soll die Sekundarstufe I gezielte und planvolle Auseinandersetzung mit der erfahrenen und erfahrbaren Wirklichkeit ermöglichen. In der Sek. I sollen die Schüler allmählich erkennen können, wie sie ihre spezifischen Interessen und besonderen Fähigkeiten so ausbilden und einsetzen können, daß die Übernahme einer gesellschaftlichen Aufgabe (Beruf) ihren individuellen Bedürfnissen entsprechen kann. Die Sekundarstufe II soll daraufhin die Bedingungen bereitstellen, individuelle Interessenschwerpunkte in ihrem Zusammenhang mit der Gesamtkultur (Arbeit, Zusammenleben, Freizeit) vertiefen, erweitern, einschätzen zu können; sie kann sowohl als gesamtkulturell orientierte Berufsausbildung als auch als berufsorientierte Allgemeinbildung definiert und je entsprechend organisiert werden. (Die abstrakte und selektive Zielsetzung "Hochschulreife" entfällt, da ein Studium kein Ziel ist, sondern ebenfalls gesellschaftlichen Aufgaben zugeordnet.)

3. Organisationsformen innerhalb der einzelnen Schulstufen

Jede Organisationsform innerhalb der einzelnen Schulstufe muß von der Aufgabe der Stufe her gerechtfertigt werden.

In der öffentlichen Schule bisher selbstverständliche Organisationsprinzipien wie Jahrgangsklassen, Klassengröße, Stundentafel (Fächereinteilung), Stundenplan, Stoffverteilungsplan (Konkretisierung der Rahmenrichtlinien/Lehrpläne für ein Schuljahr), Raumaufteilung, Lehrereinsatz, Kurse, Arbeitsgemeinschaften, Klassenarbeiten und Zeugnisse erscheinen ausschließlich unter nivellierenden Verwaltungsgesichtspunkten einer schulfernen "Aufsicht" funktional.

Die emanzipationsfördernde (Gesamt-)Schule braucht zur Herstellung und Sicherung gleicher Bedingungen ausschließlich den Verwaltungsauftrag: Die Schüler müssen das Stufenziel erreichen können. Und: Die Schulkonferenz muß festlegen, wie später hinzukommenden Schülern die Eingliederung ermöglicht werden soll.

Schulversuche belegen seit Jahrzehnten, daß eine Schule jedes pädagogisch-didaktisch begründete und begründbare Ziel erreichen kann, wenn es von den Lehrern überzeugt vertreten wird und die organisatorischen Bedingungen dafür gewährleistet sind. Umgekehrt können Lehrer zwar verordnete Veränderungen formal erfüllen, deren Sinn aber ins Gegenteil verkehren.

Aus diesem Grunde muß der Einzelschule die Kompetenz gegeben und zugemutet werden, zu entscheiden, mit welchen Organisationsprinzipien sie die gesellschaftlich-politisch vorgegebenen Stufenziele für ihre Schüler erreichbar machen kann. Die Schulkonferenz aus Lehrern, Schülern und Eltern als Beschluß- und Kontrollgremium trägt die Verantwortung für die Gestaltung der Schule.

4. Grundsätze für die Organisation einer emanzipationsfördernden (Gesamt-) Schule

Die Organisationsformen für strategisch-emanzipatorisches Lernen sind zwar variabel, aber nicht beliebig

Soll Lernen (SEL)

- * geplantes soziales Lernen
- * Erfahrungslernen
- * selbstbestimmtes Lernen
- * strategisches Lernen und
- * Ich-stabilisierendes Lernen sein,

das gegenwärtig vor allem in Formen projektorientierten Unterrichts erprobt ist und durchführbar erscheint, so muß

- o sich die Schule ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffnen, d.h. Erfahrungen "von außen" aufnehmen und "nach außen" vermitteln,
- o die Schule Erfahrungen und Interessen der Schüler kennen und ernstnehmen, d.h. Unterricht muß Wissen auf seine Verwendungszusammenhänge beziehen und aus seinen Entstehungszusammenhängen ableiten.
- o die Lerngruppe Ausgangsbasis und Erprobungsfeld für gemeinsame und individuelle Lernprozesse (Handeln, Erfahren, Wissen) sein.

Die Öffnung der Schule bedeutet zunächst ihre ganztägige Nutzung durch die Schüler und - in der Unterrichtsfreien Zeit - auch die Bewohner des Bezirks; die festen Räume der Lerngruppen bleiben diesen vorbehalten.

Sie bedeutet jedoch vor allem auch, daß die Schüler die Umwelt der Schule kennenlernenbeeinflussen und mitgestalten. Sie lernen dabei, berechnete Interessen zu artikulieren, gegeneinander abzuwägen und zu akzeptieren. Sie können dazu beitragen, die Trennung der Lebensvollzüge in Altersgruppen, Erholung, Freizeit und Arbeit infrage zu stellen und sowohl Verständnis und Widerstand erfahren als auch selbst entwickeln.

Die gesellschaftlich-pädagogisch begründete Öffnung der Schule erfordert organisatorisch

- * die Ablösung der starren Aufsichtsregelung durch der Lehrer zugunsten von Selbstverantwortung und Verantwortung füreinander.
- * Eine variable Gestaltung des Stundenplanes und eine Veränderung des Fächerkanons durch zeitliche und inhaltliche Zusammenfassung von Erfahrungsfeldern,
- * eine räumliche Aufteilung der Schule in "private" (Räume der Lerngruppen) und "öffentliche" Bereiche.

Die Ausrichtung der Schule auf ihre Schüler - die schülerzentrierte Schule - bringt eine Verlagerung bewertendem und einordnendem Beurteilen auf Diagnose, Beratung und Unterstützung mit sich. Aufgabe der Schule wird die Bereitstellung und Schaffung der Bedingungen, unter denen die Schüler das Studienziel erreichen können.

Die politisch-pädagogisch begründete Schülerzentriertheit erfordert organisatorisch

- * die Aufhebung vorgängig definierter Leistungsmaßstäbe und fremdbestimmter Bewertung am Ende von Lernprozessen (Klassenarbeiten, Noten-Zeugnisse), die Bereitstellung vielfältiger Materialien für selbständiges projektorientiertes Lernen, d.h. einen eigenen Etat der Schule für Lernmittel, der kurzfristig und unbürokratisch verfügbar ist,
- * die Aufhebung der Fächertrennung zugunsten von stufenbezogenen Curricula die von der Schulkonferenz verantwortet werden.

Der Zusammensetzung der Lerngruppe, die vielseitige Erfahrung im Umgang miteinander und in der wechselseitigen Abwägung von Bedürfnissen und Interessen vermittelt, kommt besondere Bedeutung für strategisch-emanzipatorisches Lernen zu. Sie soll heterogen nach Geschlecht und sozialer Herkunft gebildet werden und -bei entsprechendem Einzugsgebiet- ausländische Schüler einer Nationalität und nach Möglichkeit behinderte Schüler umfassen. Jede Lerngruppe soll auf bestimmte Partnergruppen bezogen sein, mit denen sie neben "ihrem" Lehrer ein Lehrerteam gemeinsam hat. Auf diese Weise können auch innerhalb großer Schulen stabile Bezugsgruppen gebildet werden. Die sozial-psychologisch/pädagogisch begründete Stabilität der Lerngruppe erfordert organisatorisch

- * einen festen Unterrichtsraum, der von den Schülern ausgestaltet werden kann und der nach Möglichkeit über den Zeitraum der gesamten Stufe konstant bleibt (er darf allenfalls von Schülern der Partnergruppen mitbenutzt werden),
- * variable Großräume für gemeinsame Veranstaltungen der Partnergruppen (und für unterschiedliche Freizeitangebote außerhalb der Unterrichtszeit),

- * eine Gruppierung des Lehrerteams für die Partnergruppen mit einem Stundenkontingent für Erfahrungsaustausch und Reflexion über die Zielorientierung des Unterrichts. (Jede an der Schule beteiligte Gruppe braucht zur Entwicklung ihrer besonderen Identität Eigenraum).

5. Entscheidungsgremien der emanzipationsfördernden (Gesamt-) Schule

a)

Die Lerngruppenbesprechung dient der Planung und Besprechung der Gruppenvorhaben und der Einschätzung ihrer Ergebnisse, der Diagnose und Klärung von Gruppenkonflikten und der Entwicklung von Vorschlägen, die die gesamte Schule betreffen.

b)

Die Vollversammlung der Partnergruppen stimmt die Grundvorhaben aufeinander ab, beschließt Sondergruppierungen für Interessengruppen und klärt Konflikte der Gruppen untereinander.

c)

Die Stufenvollversammlung koordiniert die Vorhaben der Partnergruppen und beschließt über Vorhaben, die die gesamte Stufe betreffen.

d)

Die Schulkonferenz ist oberstes Beschluß- und Entscheidungsgremium der Schule. An ihr nehmen alle Lehrer, sonstige Mitarbeiter der Schule, Schülervertreter der Lerngruppen und der gewählten Schülervertretung und gewählte Elternvertreter gleichberechtigt teil.

Die Schulkonferenz wählt die Schulleitung, die die Belange der Schule gegenüber der "Schulaufsicht" und der Öffentlichkeit vertritt und für die Durchführung des "Schulbetriebs" verantwortlich ist.

